



ktion ÖDP / WL, Rathaus, 97070 Würzburg

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Schuchardt

Würzburg, 5.3.2021

Antrag auf Einführung einer Gebühren-Satzung „Verpackungssteuer“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantragen wir:

Die Verwaltung erarbeitet eine Gebühren Satzung „Verpackungssteuer“ Analog dem Tübinger Modell und legt diese dem Stadtrat zur Beschlußfassung vor.
Ziel ist, den Anteil der Einmalverpackungen am Müllaufkommen zurück zu drängen.

Dabei prüft die Verwaltung ob es Unterschiede geben kann zwischen z.B. die klassischen Lieferdienste, die die großen Gewinner der Corona- Krise sind und tendentiell zusätzliche Gewinne machen und umgekehrt den Gastronom, dessen Umsatz völlig eingebrochen ist und sich ein wenig Ausgleich durch to go oder Auslieferung zu verschaffen versucht.

Ebenso sind wir für Übergangsregelungen und Härtefallregelungen.

Die Verpackungssteuer wird nicht vor 1.1.21 bzw. 1 Jahr nach Ende der Corona-Pandemie eingeführt.

Begründung:

Aufgeschreckt durch Bilder in den Medien über zunehmende Müllmengen in Würzburg und die Aufstellung von zusätzlichen Müllbehältern müssen wir auch Würzburg das Thema in Angriff nehmen. Dabei verweisen wir auf das Modell von Tübingen zur Verpackungssteuer und das Kieler „Zero-Waste-Konzept“ (siehe Anlagen).

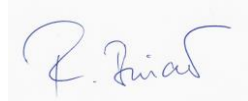
Verpackungsmüll wie Einweggeschirr besteht häufig aus Verbundstoffen. Diese werden aber unterwegs selten dem Recycling-Kreislauf zugeführt, sondern landen im Restmüll. Die Kosten der Entsorgung trägt über die städtischen Abfallbehälter die Kommune, nicht der Verkäufer. Neben der finanziellen Belastung für die Stadt stellt dies eine ungeheure Ressourcenverschwendung dar. Eine entsprechende kommunale Verpackungssteuer war bisher umstritten, der Tübinger Beschluss einer entsprechenden Satzung über die Erhebung einer solchen Steuer stellt nun einen

wegweisenden Präzedenzfall dar. Dieser sollte unbedingt genutzt und aufgegriffen werden.

Ein Rückblick auf die Einführung anderer Pfandsysteme, wie z.B. auf Plastikwasserflaschen oder Dosen, könnte ein gutes Gegenargument werden, denn damals gab es auch viel Widerspruch und nun findet man in der Umwelt kaum noch diese Getränkeverpackungen.

Um den Gastronomen keine zusätzlichen Kosten in der Corona-Pandemie aufzubürden, ist die Einführung erst deutlich nach der Pandemie beantragt, was aufgrund des notwendigen Vorlaufes der Erarbeitung eh´ nicht früher möglich wäre.

Mit freundlichen Grüßen



R. Binder,
ÖDP-WL-Fraktionsvorsitzender auch im Namen der Fraktion

Anlage 1: Zitat nach

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article205489727/Einwegverpackungen-Tuebingen-fuehrt-Verpackungssteuer-ein.html> vom 30.1.2020

Für Geschirr 50 Cent, für Besteck 20. In Tübingen werden Einwegverpackungen von Mitnahmegeschirren teurer. Das soll nicht nur der Umwelt zugutekommen, sondern auch die hohen Müllbeseitigungskosten der Stadt minimieren.

Als bundesweit erste Kommune erhebt Tübingen künftig eine Steuer auf Einwegverpackungen von Mitnahmegeschirren. Das entschied der Gemeinderat am Donnerstag, wie eine Sprecherin am Freitag mitteilte. Nach Kenntnis des Deutschen Städtetags hat bisher keine weitere Kommune eine solche Steuer erhoben. Hintergrund sind die Kosten der Müllbeseitigung. Nach Angaben der Stadt Tübingen liegen diese allein für Verpackungsmüll bei jährlich mehr als 700.000 Euro. Zahlen müssen die neue Steuer Händler, die beispielsweise Nudel- und Burgerboxen, Eis oder Kaffee zum Mitnehmen in nicht wiederverwendbaren Verpackungen verkaufen. Es gibt allerdings Ausnahmen. Von der Steuer ausgenommen sind demnach Verpackungen, die der Verkäufer vollständig zurücknimmt und einer Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zuführt. Das muss er allerdings nachweisen.

Zulässigkeit vor Gericht geprüft

Laut Satzungsvorlage sollen für jeden Einweggetränkebehälter sowie für Einweggeschirr und jede Einwegspeiseverpackung jeweils 50 Cent anfallen, für jedes Einwegbesteckset 20 Cent. Wie die Sprecherin erklärte, wurde auf Antrag der SPD-Fraktion überdies eine Deckelung von 1,50 Euro pro Mahlzeit beschlossen.

In Kraft treten soll die Tübinger Verpackungssteuer im Januar 2021. Die Stadtverwaltung um Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) hatte ursprünglich eine frühere Einführung vorgesehen. Gemeinderäte hatten aber gefordert, ein weiteres Rechtsgutachten einzuholen. Anwälte haben die geplante Verpackungssteuer nun für zulässig befunden.

Bereits 1998 hatte die Stadt Kassel (Hessen) eine Verpackungssteuer einführen wollen, war aber vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert.

Anlage 2: Zit <https://www.bvse.de/gut-informiert-kunststoffrecycling/nachrichten-recycling/5390-verpackungssteuer-in-tuebingen-tritt-zum-1-januar-2021-in-kraft.html> vom 3.2.2020

VERPACKUNGSSTEUER IN TÜBINGEN TRITT ZUM 1. JANUAR 2021 IN KRAFT

Als bundesweit erste Kommune seit der Kasseler Verpackungssteuersatzung aus den 90er-Jahren erhebt die Universitätsstadt Tübingen eine Steuer auf den Verkauf von Einwegverpackungen: Ab Januar 2021 werden Einwegverpackungen und Einweggeschirr mit jeweils 50 Cent besteuert, für Einwegbesteck beträgt die Steuer 20 Cent.

Zahlen müssen die Steuer die Händler, die beispielsweise Take-away-Gerichte und „Coffee to go“ in nicht wiederverwendbaren Verpackungen verkaufen. Das hat der Tübinger Gemeinderat am 30. Januar 2020 mit großer Mehrheit beschlossen. „Die Wegwerfkultur in den Städten lebt davon, dass die Städte mit Millionenaufwand den Müll beseitigen. Damit ist in Tübingen jetzt Schluss: Wer Müll produziert, muss dafür bezahlen“, sagt Oberbürgermeister Boris Palmer. Mittelfristig verspricht er sich einen Übergang zu nachhaltigerem Konsum: „Ich bin mir sicher, dass die Verpackungssteuer umweltfreundliches Handeln befördern und Mehrwegsystemen zum Durchbruch verhelfen wird.“

Von der Steuer ausgenommen sind Verpackungen, die der Verkäufer vollständig zurücknimmt und einer stofflichen Verwertung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung zuführt. Ebenfalls ausgenommen sind Verpackungen, die auf Märkten, Festen und bei zeitlich befristeten Veranstaltungen ausgegeben werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Händler nicht an mehr als zehn Tagen im Jahr Speisen und Getränke im Rahmen solcher Veranstaltungen verkauft.

Ein Rechtsgutachten, das die Stadtverwaltung in Auftrag gegeben hatte, bestätigt, dass die Verpackungssteuersatzung im Grundsatz zulässig ist. Es schafft somit die erforderliche Rechtssicherheit. Diverse Empfehlungen des Rechtsgutachtens wurden in die Satzung aufgenommen. Zusätzlich zur Verpackungssteuer forciert die Universitätsstadt Tübingen die Entwicklung alternativer Mehrweg-Verpackungssysteme. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Bäckereien soll als erster Schritt ein Merkblatt entstehen, das über Alternativen zu Einwegverpackungen in Bäckereien aufklärt.

Anlage 3: Zit. Nach <https://zerowaste-kiel.de/>

Kiel auf dem Weg zur Zero.Waste.City

Am 19. November 2020 hat die **Ratsversammlung einstimmig beschlossen, Zero Waste – und damit die Vermeidung von Abfällen zum Schutz unserer Ressourcen – dauerhaft im gesamten Stadtgebiet zu verankern.** Grundlage hierfür bildet das gemeinsam von der Stadt Kiel, unserem Zero Waste Kiel e.V. und zahlreichen Kieler*innen entwickelte und Ende August 2020 fertiggestellte **Zero Waste-Konzept.**

Wir sind auch weiterhin involviert, wenn es jetzt an die Umsetzung des Zero-Waste-Konzeptes für Kiel geht!

Anlage 4: Zit. Nach https://www.kiel.de/de/umwelt_verkehr/zerowaste/index.php

*Kiel auf dem Weg zur **Zero.Waste.City**.*

Abfall vermeiden, Ressourcen schonen - Kiel macht sich auf den Weg Zero.Waste.City zu werden.

Abfälle zu vermeiden ist das wichtigste Ziel aller abfallwirtschaftlichen Planungen. Es muss gelingen, die Verschwendung von natürlichen Ressourcen als Abfall zu minimieren. Darum hat die Ratsversammlung im Jahr 2018 beschlossen, dass die Landeshauptstadt Zero.Waste.City werden soll und im November 2019 das Konzept dafür festgelegt.

Als erste Stadt Deutschlands hat sich Kiel dem Netzwerk „[Zero Waste Europe](#)“ angeschlossen. Nun sollen gemeinsam mit den Kieler*innen, der Stadtverwaltung, den Abfallentsorgern, dem Gewerbe, der Politik, den Vereinen und Initiativen Maßnahmen zur Abfallvermeidung definiert und in einem Zero-Waste-Konzept festgehalten werden. Dadurch sollen Abfälle in Kiel zukünftig deutlich weniger werden. Es kann das Leben einfacher machen und einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Ob im Haushalt, Büro oder auch in der Industrie: Abfälle lassen sich auf allen Ebenen einsparen.

Anlage 5 Zit. <https://www.mainpost.de/regional/wuerzburg/mehr-abfall-am-main-pfand-statt-muell-art-10573081>

Mehr Abfall am Main: Pfand statt Müll?



[Foto: Ralf Kuhn | Ein Umwelt- und Kostenproblem – seit Corona sind die großen Mülltonnen im Freizeitbereich am Main in Randersacker regelmäßig übervoll.](#)



Von Antje Roscoe

03.03.2021 | aktualisiert: 07.03.2021 02:13 Uhr

Auf 8000 Euro jährliche Entsorgungskosten schätzt die Marktgemeinde Randersacker die Entsorgung des Mainwiesen-Mülls der Tagesausflügler. Bald

täglich quellen die Müllbehälter über. Wie sich das ändern soll, war Thema in der jüngsten Ratssitzung.

"Pfand statt Müll" ist der Arbeitstitel, mit dem die SPD-Fraktion im Marktgemeinderat die Initiative ergriff, dem stark gestiegenen Müllaufkommen entgegen zu wirken – mit dem Fokus auf wiederverwendbaren, bepfandeten Kaffeebechern. Heike Simon (SPD) hatte bereits erste Gespräche geführt. Der Blick in die Mülleimer zeigt allerdings auch, dass weniger Kaffeebecher allein keine gravierende Entlastung bringen würden. Bauhofleiter Ralf Kuhn nennt als Hauptproblem die voluminösen Einwegverpackungen für Essen und Getränke zum Mitnehmen. Viel geholfen wäre schon, wenn die Gefäße zusammengedrückt würden, wie er meint. 15 Müllhäuschen mit 240-Liter Mülltonnen stehen im stark frequentierten Mainvorland.

...

Nur bei den Kaffeebechern anzusetzen, erschien der ödp-Fraktion angesichts der Gesamtproblematik zu kurz gegriffen. Außerdem fürchtet sie, dass ein auf Randersacker begrenztes Pfandsystem die Mehrwegfähigkeit von wiederverwendbaren Behältern ad absurdum führt. Vorhandene, überregionales Systeme zu nutzen und eine kommunale Abgabe auf alle Einwegverpackungen einzuführen, lautete deshalb ihr erweiternder Antrag, kurz als Einwegsteuer betitelt. "Wir kommen in eine durchregulierte Welt", hielt da Detlef Aster (CSU) entgegen, dem es zu weit geht, sich vorschreiben zu lassen, welche Kaffeetasse er zu benutzen habe. Er würde auf eine "verantwortungsvolle Eigeninitiative der Bürger" setzen wollen.